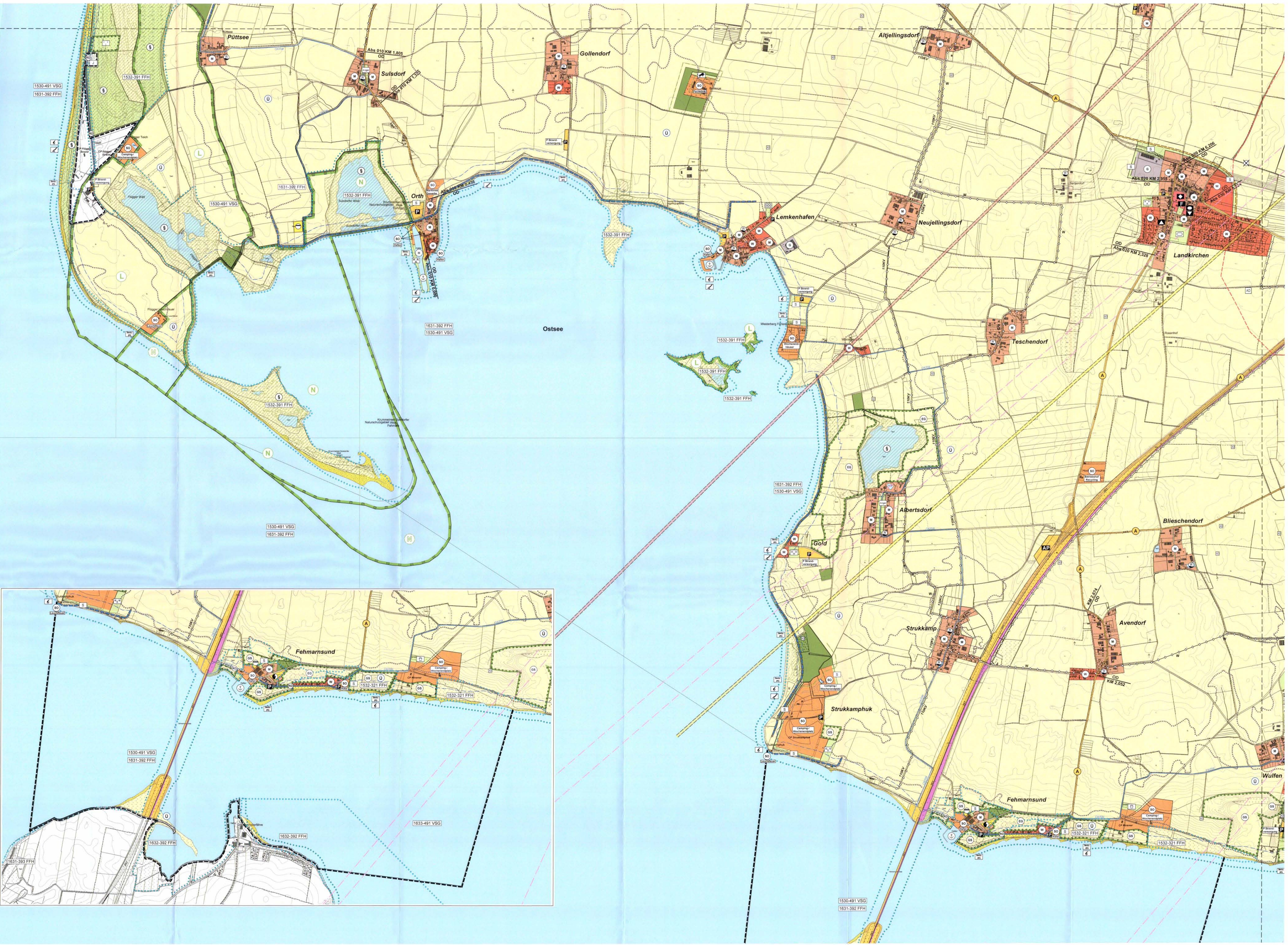


FLÄCHENNUTZUNGSPLAN DER STADT FEHMARN BLATT 3



ZEICHENERKLÄRUNG

Es gelten die Planzeichenverordnung (PlanZVO) vom 18.12.1990, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2011 und die Bauzonierungsverordnung (BauZVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. April 1993.

Planzeichen	Erläuterungen	Rechtsgrundlagen
I DARSTELLUNGEN		
1 Art der baulichen Nutzung		
	Wohnbauflächen	§ 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB und § 1 bis 11 BauNVO
	gemischte Bauflächen	§ 1 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO
	gewerbliche Bauflächen	§ 1 Abs. 1 Nr. 3 BauNVO
	Sondergebiete mit Angabe der baulichen Nutzung	§ 10 + 11 BauNVO
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen	§ 5 Abs. 2 (1) BauGB
2 Flächen für den Gemeinbedarf, Flächen für Sport- und Spielanlagen		
	Flächen für den Gemeinbedarf	§ 5 Abs. 2 Nr. 2 BauGB
	Öffentliche Verwaltungen	
	Schule	
	Kirche	
	sonstigen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen	
	Jugendherberge	
	Park	
	kulturellen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen	
	Feuerwehr	
	Sportanlage	
3 Flächen für den überörtlichen Verkehr und die örtlichen Hauptverkehrsstraßen, Parkplätze		
	sonstige überörtliche und örtliche Hauptverkehrsstraßen	§ 5 Abs. 2 Nr. 3 BauGB
	Sammelplatz für Touristen	
	Auflegg- Parkplatz	
4 Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfall- entorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Abfallanlagen, Einrichtungen und sonstige Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken		
	Flächen für Ver- und Entsorgung	§ 5 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe b, Nummer 4 BauGB
	Elektrizität	
	Abwasser	
	Regenrückhaltebecken	
5 Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen		
	unterirdisch (Wasserleitung)	§ 5 Abs. 2 Nr. 4 BauGB
	unterirdisch (110 KV)	
6 Grünflächen, Freizeit und Erholung		
	Grünflächen	§ 5 Abs. 2 Nr. 5 BauGB
	Parkanlage	
	Bauwerkanlagen	
	Sportplatz	
	Tennisplatz	
	Spielplatz	
	Friedhof	
	Rastplatz	
	Schutzgebiet	
	Golfplatz	
	Jimi-Hendrix-Gedenkstein	
	Strand	
	Strandweg	
	Ostseebäderweg	
7 Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses		
	Wasserflächen	§ 5 Abs. 2 Nr. 7 BauGB
	Hafen	
	Sportboothafen	
8 Flächen für die Landwirtschaft und Wald		
	Flächen für die Landwirtschaft	§ 5 Abs. 2 Nr. 9 BauGB
	Flächen für Anlagen, die dem Klimawandel entgegenwirken	§ 5 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe b BauGB
	Erneuerbare Energien / Windenergieanlagen	
	Bedarfsplanplatz für Touristen	
	Flächen für Wald	§ 5 Abs. 2 Nr. 10 BauGB
9 Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft		
	Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft	
	Entwicklungsziel extensives Grünland	
	Gewässer - Renaturierung	
	gezielte Sukzession	
	Sukzession	
10 Sonstige Planzeichen		
	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Flächennutzungsplans	§ 5 Abs. 1 BauGB
	Zum Hoheitsgebiet der Stadt Fehmarn gehören die Insel Fehmarn bis zur Mittelwasserlinie der Ostsee, der Bürger Binnensee, die Nordspitze der Halbinsel Wulfen sowie Teile des Fehmarnsund	
	Flächen, deren Boden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind	
	Aus dem Flächennutzungsplan ausgenommene Flächen. Darstellungen der Nutzungen erfolgen zu einem späteren Zeitpunkt (Weißfläche)	§ 5 Abs. 1 Satz 2 BauGB

Planzeichen	Erläuterungen	Rechtsgrundlagen
II NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN		
1 Denkmale		
	Archaisches Denkmal	§ 5 Abs. 4 BauGB, § 1 Abs. 2, § 17 Denkmalschutzgesetz Schl.-H.
	Die Baudenkmale sind der Begründung als Anlage beigelegt	
2 Schutzgebiete/-objekte im Sinne des Naturschutzrechts		
	Naturschutzgebiete	§ 5 Abs. 4 BauGB
	Landschaftsschutzgebiete	§ 23 BNatSchG, § 13 LNatSchG Schl.-H.
	geschützte Landschaftsschutzbestandteile	§ 29 BNatSchG, § 18 LNatSchG Schl.-H.
	FFH-Gebiete mit EU-Nummer	§ 32 BNatSchG, § 22 LNatSchG
	Vogelschutzgebiete mit EU-Nummer	§ 32 BNatSchG, § 22 LNatSchG
	geschützte Biotope (siehe Landschaftsplan Stadt Fehmarn 2007)	§ 30 BNatSchG, § 21 LNatSchG
3 Schutzstreifen		
	Grenze Schutzstreifen an Gewässern; 100 bzw. 50 m	§ 61 BNatSchG
	Grenze 30 m Waldschutzstreifen	§ 24 WaldG Schl.-H.
	Landesstraßendach	§ 64 Abs. 2 LWG
	Regionaldach	
5 Bahnanlagen		
	Bahnanlagen (planfestgesetzt)	§ 5 Abs. 4 BauGB
6 Anbauverbotszonen, Schutzbereiche		
	Anbauverbotszonen	§ 5 Abs. 4 BauGB
	Schutzbereiche	§ 5 Abs. 1 FStG, § 29 Abs. 1-2 StVG Schl.-H., § 29 Abs. 1-2 StVG Schl.-H.
	Grenze Ortsdurchfahrt	§ 3 Abs. 1 Schutzbezugsgebiet
	Schutzbereich Funkempfangsturm Marienleuchte	
	bis 500 m keine Baukörper größer NN + 22,70 m	
	bis 1.500 m	
	ist die Errichtung spezieller Anlagen sowie deren Änderung genehmigungspflichtig	
	ist die Errichtung von Freileitungen > 110 kV und der Betrieb elektrischer Anlagen nicht zulässig	
	Weitere Beschränkungen siehe Begründung Kapitel 6.6	
	Schutzbereich 174 St. Baberuk	
	Errichtung baulicher Anlagen genehmigungspflichtig; siehe Begründung Kapitel 6.6	
7 Richtfunktrassen		
	Trasse privater Mobilfunk-Anbieter	§ 5 Abs. 4 BauGB, § 26 BImSchV
III VERMERKE		
	überschneidungsfähiges Gebiet, 3 m Linie potenziell signifikantes Hochwasserrisiko	§ 5 Abs. 4a BauGB, Generalplan Küstenschutz 2001
	Für Wohnzonen etc. sollte ein 'Klimaschutztag' von +0,50 m eingehalten werden.	
	geplante straßenbauliche Erweiterung der Vogelfluglinie	§ 5 Abs. 4 BauGB
	vorläufiger Untersuchungsraum für die Landanbindung der festen Fehmarnbelleueung	§ 5 Abs. 4 BauGB
	geplante Trasse Landesstraßendach	§ 5 Abs. 4 BauGB, § 64 Abs. 2 LWG
	geplante Trasse Regionaldach	§ 5 Abs. 4 BauGB, § 64 Abs. 2 LWG
	geplantes Naturschutzgebiet	§ 5 Abs. 4 BauGB, § 23 BNatSchG
	weitere, langfristig geplante NSG's siehe Landschaftsplan und Abbildung 16 der Begründung	
	geplante Richtfunktrasse des Wasser- und Schifffahrtsamtes Lübeck	§ 5 Abs. 4 BauGB
	geplante Richtfunktrasse Wehrbereichsverwaltung Nord	§ 5 Abs. 4 BauGB
	geplante örtliche Hauptverkehrsstraße	
	geplantes Landschaftsschutzgebiet	§ 5 Abs. 4 BauGB, § 23 BNatSchG
	geplante Landschaftsschutzgebietgrenze	
IV SONSTIGE NUTZUNGEN		
	Die dargestellten Nutzungen befinden sich bis auf drei Ausnahmen außerhalb des Hoheitsgebietes der Stadt Fehmarn auf der Ostsee. Die drei Ausnahmen liegen im Bereich Wulfen-Hals im Bürger Binnensee und südlich Fehmarnsund.	
	Kitesurfen	
	Wellenreiten	
	Windsurfen	
	Für diese Nutzungen sind Sondernutzungserläubnisse erforderlich	
V HINWEIS		
	Die potenzielle Betroffenheit geplanter Bauflächen von Immissionen landwirtschaftlicher Betriebe (Tierhaltung) ist in der Anlage 1 der Begründung dargestellt.	

VERFAHRENSVERMERKE

- Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses durch die Stadtvertretung der Stadt Fehmarn vom 22.05.2008. Die ursprüngliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Ausdruck im Fehmarnischen Tageblatt und in den Lübecker Nachrichten am 23.04.2010 erfolgt.
- Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB wurde am 04.05.2010 durchgeführt.
- Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein können, wurden gemäß § 4 Abs. 1 V. m. § 3 Abs. 1 BauGB am 30.03.2010 unterrichtet und zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.
- Die Stadtvertretung der Stadt Fehmarn hat am 31.03.2011 den Flächennutzungsplan mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
- Der Entwurf des Flächennutzungsplans und die Begründung haben in der Zeit vom 22.06.2011 bis 22.07.2011 während der Dienststunden nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, am 11.06.2011 im Fehmarnischen Tageblatt und in der Lübecker Nachrichten örtlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange ordentlich bekanntgemacht.
- Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein können, wurden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 14.05.2011 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.
- Die Stadtvertretung der Stadt Fehmarn hat die abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange am 15.12.2011 geprüft. Das Ergebnis wurde mitgeteilt.
- Der Entwurf des Flächennutzungsplans und die Begründung wurde nach der öffentlichen Auslegung geändert. Der Entwurf und die Begründung haben in der Zeit vom 27.02.2012 bis 27.03.2012 während der Dienststunden nach § 4 Abs. 3 Satz 1 erneut öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden können, am 18.02.2012 im Fehmarnischen Tageblatt und in der Lübecker Nachrichten örtlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erneut bekanntgemacht.
- Die Stadtvertretung der Stadt Fehmarn hat die abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange am 21.05.2012 geprüft. Das Ergebnis wurde mitgeteilt.
- Die Stadtvertretung der Stadt Fehmarn hat den Flächennutzungsplan am 21.06.2012 beschlossen und die Begründung durch Beschluss genehmigt.
- Das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein hat mit Bescheid vom 02.11.2012 Az. IV 263-512/11-55-46 (Freu) den Flächennutzungsplan genehmigt.
- Der Flächennutzungsplan und die Begründung wurde nach der Genehmigung des Innenministeriums geändert.
- Es wurde eine eingeschränkte Beteiligung nach § 4a (3) Satz 3 BauGB durchgeführt.
- Die Stadtvertretung der Stadt Fehmarn hat die Nebenbestimmungen durch Beschluss vom 13.12.2012, Az. IV 263-512/11-55-46 (Freu) den Flächennutzungsplan genehmigt. In der Bescheidbegründung wurde auf die Erfüllung der Nebenbestimmungen mit Bescheid vom 21.05.2013 Az. IV 263-512/11-55-46 (Freu) bestätigt.

Fehmarn, den 21.12.2012

Bürgermeister (gezeichnet)

Flächennutzungsplan der Stadt Fehmarn M 1:10.000

